

**Zeitschrift:** Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot  
**Band:** 242 (1969)  
**Rubrik:** Weltchronik

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 27.04.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Weltchronik

(Vom 11. Juni 1967 bis 31. Mai 1968)

Im Rückblick auf das abgelaufene Jahr stellt sich einmal mehr die Frage, welchem Land der Chronist sich als erstem zuwenden soll. Waren es im Vorjahr zwei aussereuropäische Länder, nämlich Vietnam und Israel, die im Brennpunkt des Interesses standen, so ist es wohl diesmal *Frankreich*, dem der erste Platz zukommen muss. Schon im Vorjahr hatte sich ein Knistern im Gebälk der Fünften Republik nicht mehr überhören lassen, und in diesem Jahr begannen sich deutlich die ersten Risse im Gebäude zu zeigen. Der 78jährige General-Präsident de Gaulle, reiselustig wie eh und je, fuhr im Juli zu einem Staatsbesuch nach Kanada, wo er in allen Ehren empfangen wurde. Er beschränkte sich aber nicht auf die allgemein üblichen Höflichkeitsreden, sondern benützte die Gelegenheit, um seinen zur fixen Idee gewordenen Gedanken der Überlegenheit der französischen Nation über alle andern so richtig herauszustellen. Er ging so weit, in einer Rede in der Nähe von Quebec vor Tausenden von Kanadiern französischer Abstammung, Freiheit und Unabhängigkeit für den mehrheitlich französischsprachigen Teil des Landes zu fordern. Dieser politische Fauxpas stellte eine grobe Verletzung des Gastrechts und eine Ohrfeige an die Regierung Kanadas dar, die mit Recht zu äusserst scharfen Reaktionen im Parlament führten. Die Regierung liess denn auch keinen Zweifel über ihre Missbilligung dieser Rede offen, worauf de Gaulle wie ein trotziges Kind seinen Besuch abbrach und vorzeitig heimreiste. – Die Haltung der kanadischen Regierung war mehr als nur verständlich; man stelle sich vor, wie wir in der Schweiz reagiert hätten, wenn derselbe de Gaulle einen Staatsbesuch bei unserer Regierung dazu benützt hätte, um am Fest des jurassischen Volkes in Delsberg die Unabhängigkeit des Juras zu postulieren. Eine solche Einmischung in die inneren Verhältnisse eines Landes ist einfach nicht zulässig.

Nach einer Rundreise durch Polen im September besuchte der Präsident im Mai auch Rumänien, wo er in mehreren Reden die nationale Unabhängigkeit der einzelnen Staaten pries. Wie wenig sich

aber gerade die heutige Jugend aus diesem betonten Nationalismus macht, musste er am eigenen Leib erfahren. Während seiner Abwesenheit breiteten sich nämlich die Studentenunruhen, die mit einigen Krawallen in einer Filialuniversität der Sorbonne in Nanterre begonnen hatten, zu einem veritablen Chaos aus. Es entbehrt nicht der Pikanterie, dass ausgerechnet im Lande des Supernationalisten de Gaulle ein deutscher Jude die Führung der Aufstände an sich riss: Daniel Cohn-Bendit. Schon rein äusserlich alles andere vorstellend, als was man von einem Franzosen erwartet – er sieht aus wie aus einer Reklame für ein deutsches Kindernährmittel ausgeschnitten – bewies Daniel Cohn-Bendit, dass es der heutigen Jugend nicht mehr um emotionelle Fragen der Nation, sondern um Sachfragen geht. Seine Bewegung riss einen Grossteil der Arbeiterschaft mit. Angesichts von gegen 10 Millionen von Streikenden und von fast bürgerkriegsähnlichen Szenen in Paris musste de Gaulle seinen Besuch in Rumänien eilends abbrechen, um zu Hause Ordnung zu schaffen. In einer Ansprache erklärte er, dass er nicht an einen Rücktritt denke, und stellte sich mit allem Nachdruck hinter seinen Premierminister Pompidou. Mit einigen Umbildungen in der Regierung und dem Angebot von weiteren Sozialreformen versuchte er, der Lage Herr zu werden. Ob es ihm gelingt, steht zur Zeit der Niederschrift dieser Zeilen noch aus. Eine gewisse Streikmüdigkeit macht sich bemerkbar, doch wagt der Chronist die Vorhersage, dass die Tage der Fünften Republik und damit auch diejenigen de Gaulles gezählt sind. Was darauf folgt, ob das von de Gaulle immer wieder an die Wand gemalte Chaos oder eine funktionsfähige Sechste Republik, ist heute nicht abzusehen. Jedenfalls hat Europa und damit die ganze freie Welt das grösste Interesse daran, dass Frankreich möglichst bald wieder zur Ruhe zurückfindet; denn ohne Zweifel warten starke Gruppen auf ein Chaos, um besser im trüben fischen zu können.

\* \* \*

Das abgelaufene Jahr könnte überhaupt als das Jahr der Studentenunruhen bezeichnet werden. Fast überall waren es Studenten, die ihrer Unzufriedenheit über die gegenwärtigen Verhältnisse lautstarken Ausdruck gaben. Eine grosse Faszia-

nation scheint von der chinesischen Kulturrevolution ausgegangen zu sein, die alles Bisherige in Frage gestellt hat, ohne indessen klarzumachen, was anstelle dieses Bisherigen treten soll. In Belgien, in der Tschechoslowakei, in Italien, in Schweden, in Spanien, in Polen und in Jugoslawien, vor allem aber auch in Deutschland machten die Studenten von sich reden. Im Juni besuchte der Schah von Persien Berlin, wo er von einer protestierenden und demonstrierenden Menge von Studenten empfangen wurde. In den Krawallen, die sich daraus ergaben, büsste ein Student das Leben ein. Noch viel ernster aber entwickelte sich die Lage, als kurz vor Ostern der Studentenführer Rudi Dutschke – ein stets ungewaschen wirkender, aber mit der Gabe der mitreissenden Rede ausgestatteter junger Mann – von einem andern jugendlichen Wirrkopf, der sich als Kommunistenhasser bezeichnete, angeschossen und schwer verletzt wurde. Die Folge waren eigentliche Studentenaufstände in allen Grossstädten Deutschlands mit Strassenschlachten und Ausschreitungen übelster Art, die erst nach dem Tode zweier unbeteiligter junger Menschen abklangen. Der Zorn der Studenten richtete sich vor allem gegen das sogenannte Establishment, ein Schlagwort, mit dem nichts mehr und nichts weniger als alles Bestehende und Vorhandene gemeint ist: Die Staatsform, die Einrichtungen der Presse, das Wirtschaftsleben, die Parteien, die Professoren usw. usw. Auch in der Schweiz machte sich eine kleine Gruppe von Zürcher Studenten be-

merkbar, die sogar die Geschmacklosigkeit hatten, das an sich verwerfliche Attentat auf Dutschke dem Mord an dem Negerführer Martin Luther King in Amerika gleichzustellen. Daraus

erhellte, wie wenig Sinn für Proportionen diesen Leuten eignet. Gerade von Studenten dürfte man aber diesen Sinn erwarten, und sie sollten ferner in der Lage sein, ihre Wünsche und Meinungen in einer Sprache auszudrücken, die verständlich bleibt und sich nicht in mehrdeutigen Schlagwörtern erschöpft. – Bei allen Vorbehalten, die hier gegen das Vorgehen der Studenten angebracht werden, sei aber nicht übersehen, dass ein Kern von berechtigten Forderungen ohne jeden Zweifel vorhanden ist. Vielerorts, auch bei uns in der Schweiz, ist es den Regierungen ganz einfach nicht oder noch nicht gelungen, die Zeichen der Zeit zu erkennen und die Erfordernisse des modernen Bildungswesens in die Tat umzusetzen.



Willy Spühler  
Bundespräsident für das Jahr 1968  
Photopress-Bilderdienst, Zürich

Nur in gemeinsamer Zusammenarbeit aller Beteiligten, also auch der Studenten, kann hier Abhilfe geschaffen werden. Es geht wohl darum, die Studenten zum Um- und Neubau nicht nur des Bildungswesens, sondern unserer ganzen Gesellschaft überhaupt heranzuziehen und ihnen auch Verantwortlichkeiten zu überbinden. Höchst gefährlich wäre es, die Studenten in die Mentalität eines verantwortungslosen akademischen Proletariates absinken zu lassen; denn ein solches Proletariat kann nie und nimmer die Grundlage eines gesunden Staates bilden.

\* \* \*

Neben den Studentenunruhen sollen noch zwei weitere Ereignisse des Jahres in Deutschland erwähnt werden. Das eine ist erfreulich. Nach einer Zeit des wirtschaftlichen Rückgangs – dessen Auswirkungen allerdings wohl eher übertrieben dargestellt worden sind – lassen sich deutliche Anzeichen einer Erholung feststellen. Wohl am auffälligsten zeigt sich das in den wieder stark anziehenden Verkäufen von Personautos, die immer mehr als äusseres Zeichen des Wohlstandes gelten dürfen. Das andere Ereignis ist politischer und unerfreulicher Art, nämlich das spürbare Erstarken der nationalsozialistisch angehauchten NPD, der National-Demokratischen Partei Deutschlands. In verschiedenen Bundesländern, die ja bekanntlich unseren Kantonen entsprechen, zieht diese Partei neu in die Regierungen ein. Im Jahre 1969 wird der Bundestag, das deutsche Parlament, neu gewählt, und man darf gespannt sein, ob es dieser extremistischen Partei gelingen wird, auch dort Fuss zu fassen. Es liegt auf der Hand, dass die Partei von den Studentenunruhen stark profitiert hat, hielten es doch manche Wähler für notwendig, den Radaubrüdern auf der äussersten Linken ein Gegengewicht auf der entferntesten Rechten beizugesellen. Dass damit die bestehenden Probleme nicht gelöst werden, dass es vielmehr zu erhöhten Spannungen und gewalttätigen Auseinandersetzungen wie in den Jahren vor 1933 kommen könnte, wird von diesen Leuten geflissentlich übersehen.

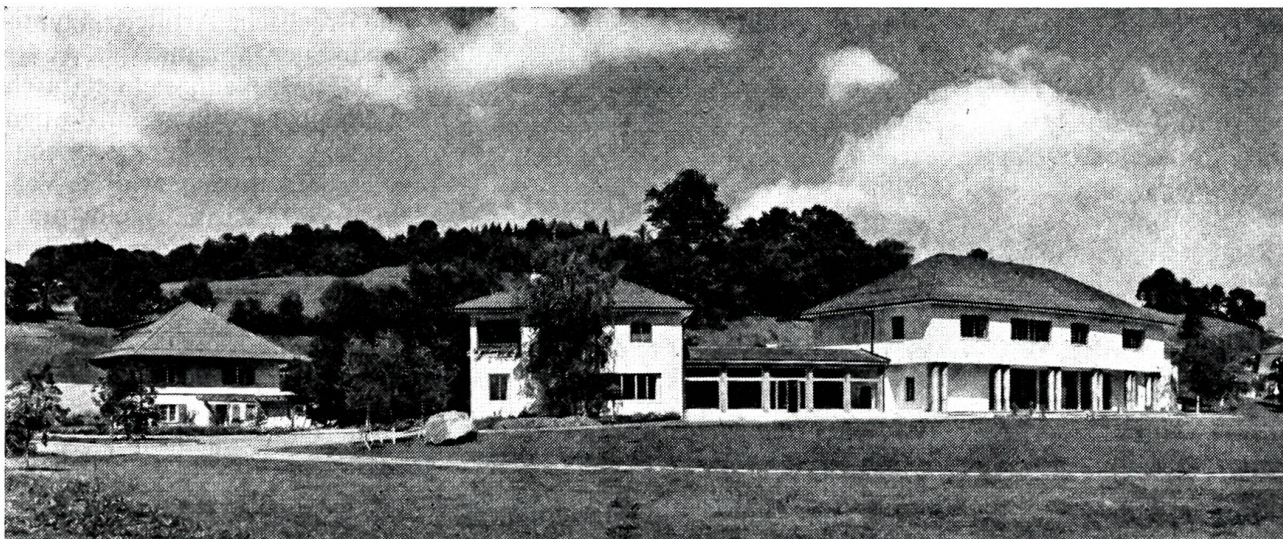
\* \* \*

Die Lage in *England* hat sich auch im abgelaufenen Jahr nicht zur Befriedigung der Bewohner dieses Landes entwickelt. Die Bemühungen der Regierung Wilson um eine verbesserte Wirtschaftslage scheinen weitgehend gescheitert zu sein, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, England spiele im Konzert der europäischen Industrien schon bald nurmehr die dritte Geige. Im November wertete die Regierung das Pfund um 14,3 Prozent ab, eine Massnahme, die weitere Abwertungen in Irland, Dänemark, Spanien und einigen anderen kleineren Ländern zur Folge hatte. Es gelang aber auch damit noch nicht, die britische Zahlungsbilanz ins Gleichgewicht zu bringen. Wilson sah sich gezwungen, ein

höchst unpopuläres Sparprogramm zu entwerfen, das gegenwärtig abgewickelt wird. Er verkündete, dass Grossbritannien bis Ende 1971 sämtliche Stützpunkte östlich von Suez aufgeben werde. Damit wird die einstige Weltmacht zu einer europäischen Macht werden, die nicht einmal mehr zu den tonangebenden zählen wird. Vielleicht öffnet gerade dieser Entschluss den Engländern endlich die Augen; grosse Teile der Bevölkerung haben offenbar bis heute noch nicht gemerkt, wie sehr England im Laufe der letzten Jahrzehnte an Gewicht und Einfluss verloren hat. Mit einem völlig veralteten Gewerkschaftssystem, das eifersüchtig darüber wacht, dass nicht zuviel gearbeitet wird, kann sich die Industrie aber heute nicht mehr behaupten. Hinzu kommt der staatliche Gesundheitsdienst, der zwar die kostenlose Behandlung jedes Bobos garantiert, aber dafür Unsummen verschlingt und nicht dazu geführt hat, dass es um die ärztliche Betreuung aller Volksschichten besser steht als anderswo. Es ist Wilson hoch anzurechnen, dass er als Sozialist den Mut zu unpopulären Massnahmen aufgebracht hat. So musste er z. B. das forcierte Programm eines sozialen Wohnungsbaus aufgeben. Zudem wurden die von den Sozialisten von jeher als unsozial empfundenen sogenannten indirekten Steuern, d. h. die Steuern auf Verbrauchsgütern und Dienstleistungen, die jedermann benötigt, massiv erhöht, zum Beispiel auf dem Benzin, Tabak, aber auch auf Telephon, Strom, Gas und den Porti. Daneben hat Wilson auch sonst noch Schwierigkeiten genug. Den redseligen Aussenminister Brown musste er entlassen, und in den Grafschaftswahlen, die allgemein als Barometer für kommende Parlamentswahlen angesehen werden, ereigneten sich ganze Erdrutsche zugunsten der konservativen Oppositionspartei. England darf heute als Musterbeispiel dafür gelten, dass ein forciertes Sozialprogramm, das alles über den Staat lenken will und den einzelnen Bürger von seiner Verantwortlichkeit weitgehend entbindet, ein Land in den Abgrund führen kann.

\* \* \*

Auch die *Vereinigten Staaten von Nordamerika* haben ein sehr bewegtes Jahr hinter sich. Auch dort sind Schwierigkeiten in der Wirtschaft entstanden, die aber auf anderen Ursachen beruhen



Am 7. September 1967 wurden in Riggisberg die Gebäude der Abegg-Stiftung Bern eröffnet. Das Institut enthält eine auserlesene Sammlung von Textilien und andern Kunstschatzen aus mehreren Jahrtausenden, eine Bibliothek und eine Werkstatt für die Textilrestaurierung. Die Stiftung ist eine Schöpfung des Auslandschweizers Werner Abegg.

Photo Martin Hesse, Bern

als in England. Es ist vor allem der Vietnamkrieg, der sich immer mehr zu einer enormen Belastung ausweitete. Seitdem Präsident Kennedy vor etwa sechs Jahren die ersten 16000 Mann amerikanischer Truppen nach Vietnam entsandt hat, ist ihre Zahl unaufhaltsam gestiegen. Heute stehen wohl mehr als eine halbe Million Amerikaner im Krieg, und die finanziellen Aufwendungen für dieses Unternehmen steigen ins Gigantische. Die amerikanische Zahlungsbilanz wird immer stärker passiv, d. h. dass Amerika zu wenig exportiert und zuviel importiert. Das hat einen gewaltigen Rückgang der Währungsreserven zur Folge, so dass eine Abwertung des Dollars – vor einigen Jahren noch eine geradezu unvorstellbare Massnahme – in den Bereich des Möglichen gerückt ist. Auch Präsident Johnson muss daher wie sein Kollege Wilson in England sparen und nochmals sparen, mehr Steuern erheben und trotzdem darum bangen, dass ihm eines Tages das Geld ausgeht. Das ist um so unangenehmer, als im Herbst dieses Jahres die alle vier Jahre stattfindenden Präsidentschaftswahlen fällig sind. Präsident Johnson hat allerdings schon frühzeitig bekanntgegeben, dass er nicht noch einmal zu kandidieren wünscht. Gegenwärtig bemühen sich bei den Demokraten,

denen Johnson angehört, der Vizepräsident Humphrey, der Senator McCarthy und der Bruder des ermordeten Präsidenten Kennedy, Robert Kennedy, darum, als offizielle Kandidaten ihrer Partei aufgestellt zu werden. Auf der Seite der Republikaner, die während der letzten 38 Jahre nur acht Jahre am Ruder waren, sind drei Mann im Rennen, Reagan, Rockefeller und als aussichtsreichster Nixon, der vor acht Jahren gegen Kennedy nur äusserst knapp unterlegen war. Als Vertreter einer dritten Kraft empfiehlt sich ausserdem George Wallace, der berühmt-berüchtigte Gouverneur von Alabama. Gewählt wird er sicher nicht, aber vielleicht könnte er mit seinen Anhängern für den einen oder anderen Kandidaten das Zünglein an der Waage spielen. Wallace ist der Mann, der die Rassentrennung am liebsten auf ewig beibehalten möchte und der als Gouverneur eines der Südstaaten alle Beschlüsse der Regierung in Richtung auf Rassengleichheit zu torpedieren versucht hat.

Wer immer gewählt werden wird, er wird kein leichtes Erbe anzutreten haben. Neben den erwähnten finanziellen Schwierigkeiten und dem Vietnamkrieg ist es das Rassenproblem, das immer noch weit von einer Lösung entfernt ist. Der bekannteste Vorkämpfer für die Rassen-

gleichheit, der Neger Dr. Martin Luther King, der schon mehrmals Anschlägen auf sein Leben von seiten weisser und schwarzer Fanatiker entgangen war, wurde anfangs April von einem jungen Weissen erschossen. Martin Luther King war 1964 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden in Anerkennung seiner ausserordentlichen Verdienste um die Normalisierung der Beziehungen zwischen schwarzen und weissen Amerikanern. Er vertrat immer die Ansicht, dass diese Beziehungen nur auf dem Wege des Geistes, nicht auf dem der Gewalt verbessert werden könnten. Er starb als Märtyrer für eine gute Sache, und das von ihm entzündete Licht wird weiterleuchten, allen Uneinsichtigkeiten auf beiden Seiten zum Trotz. Es scheint, als habe sein Tod manchen aus seiner passiven Haltung aufgerüttelt, und man darf vielleicht die Hoffnung hegen, dass ein neuer Präsident bei seinen Bemühungen um die Lösung dieses Problems von einer grösseren Schar von Einsichtigen unterstützt wird, als das bis anhin der Fall war.

\* \* \*

Aus *Israel* und *Vietnam* ist leider auch dieses Jahr keine Friedensmeldung eingetroffen. Israel hatte nach dem erstaunlichen Sieg im Krieg der sechs Tage gegen Ägypten Schwierigkeiten über Schwierigkeiten zu überwinden. Zwar trat Nasser, der ägyptische Präsident, nach seiner Niederlage im Krieg zurück, um aber wenige Tage darauf «nach dem Willen des Volkes» als Stehaufmännchen wieder an die Spitze des Staates zurückzukehren. Er liess einige Sündenböcke unter seinen Generälen über die Klinge springen und bemüht sich im übrigen, mit der tätigen Hilfe seiner russischen Freunde wieder aufzurüsten, um Israel doch noch in die Knie zu zwingen. Der Suezkanal bleibt geschlossen, wodurch dem Lande Millionenbeträge an Passagegebühren verloren gehen, kleinere Scharmützel an den Grenzen finden laufend statt, und die Vereinten Nationen sind völlig ausserstande, einen richtigen Frieden herbeizuführen. Der schwerste Zwischenfall ereignete sich im Oktober, als es den Ägyptern oder vielmehr ihren russischen Beratern gelang, den israelischen Zerstörer «Eilat» vor der Nordküste der Halbinsel Sinai mit einem Raketenvolltreffer zu versenken. Als Vergeltungsmassnahme

schoß daraufhin die israelische Artillerie ägyptische Erdölraffinerien in Suez in Brand.

In Vietnam war das Jahr gekennzeichnet durch massive Offensiven der Nordvietnamesen, die den Amerikanern buchstäblich die Hölle heiss machten. Auf beiden Seiten entstanden gewaltige Verluste an Menschen und Material. Wenn auch manche westliche Zeitung von einer «Selbstmordoffensive» Nordvietnams sprach, so bleibt die Tatsache nicht wegzuleugnen, dass der Erfolg eher auf ihrer Seite lag. Der amerikanische Oberkommandierende, General Westmoreland, wurde von Johnson abberufen oder, anders ausgedrückt, wegbefördert. Sein Nachfolger wurde General Abrams. Auch Verteidigungsminister MacNamara wurde ersetzt.

Johnson ergriff Ende März die Initiative zu Friedensverhandlungen, indem er eine Reduktion der Bombardierungen Nordvietnams anordnete. Nach einem geradezu kindischen Feilschen der Parteien um den Ort der Verhandlungen fand Paris den Segen beider Gegner, und dort haben nunmehr die Gespräche begonnen. Auf alle Fälle wird es geraume Zeit dauern, bis Resultate vorliegen, und in der Zwischenzeit gehen die Kämpfe in unverminderter Heftigkeit weiter. Ob wir nächstes Jahr um diese Zeit einen Friedensschluss werden melden können?

\* \* \*

Zum Schluss seien noch kurz einige Geschehnisse in anderen Ländern gestreift. Im Osten machte vor allem die *Tschechoslowakei* Schlagzeilen. Das Bedürfnis nach mehr Freiheit und nach einer Lösung aus der russischen Bevormundung scheint dort und nicht nur dort immer stärker zu werden. Ministerpräsident Novotny musste zurücktreten; er wurde ersetzt durch Dubcek, der offenbar einen weicheren Kurs zu steuern gedenkt als sein Vorgänger. So spricht man heute von einer eventuellen Rückkehr des in Rom im Exil lebenden Kardinals Beran; ferner anerkannte das neue Regime die rund 125000 deutschsprachigen Tschechen als nationale Minderheit. Die Sowjetunion überwacht die neue Linie argwöhnisch, und Mitte Mai gingen sogar Gerüchte über eine geplante militärische Invasion der Tschechei seitens der Russen um. Sie haben sich glücklicherweise

bis heute nicht bewahrheitet. Auch *Rumänien* demokratisiert sich zusehends, während in *Polen* der alternde Gomulka die Zügel wieder eher straffer anzuziehen scheint. In *Griechenland* jährte sich um Ostern der Tag der Machtergreifung durch die Militärdiktatur, die zwar Ruhe und Ordnung gebracht, aber die Freiheit genommen hat. Ein Gegenputsch von Teilen der Armee zusammen mit König Konstantin scheiterte Mitte Dezember; Konstantin musste mit seiner Familie fliehen und lebt seither in Rom im Exil. In *Italien*, das seit 1963 unter einer Regierung des Centro sinistro, eines Zusammenschlusses der Christlichdemokraten mit den Vereinigten Sozialistischen Parteien steht und recht stabile Verhältnisse aufwies, fanden im Mai die Neuwahlen statt. Sie brachten zwar den Kommunisten Stimmengewinne grösseren Ausmasses, doch kann wohl nicht von einer entscheidenden politischen Umwälzung gesprochen werden.

\* \* \*

Der Bericht über das abgelaufene Jahr in der *Schweiz* soll diesmal mit dem wohl wichtigsten politischen Ereignis beginnen, mit den Nationalratswahlen. Am letzten Wochenende im Oktober bestellte das Schweizervolk mit einer Stimmbeteiligung von 65,7 Prozent (1963: 66,1 %) den zweihundertköpfigen Nationalrat neu; dazu wurde in den Kantonen ein Drittel der Ständeräte neu gewählt. Trotz einiger Überraschungen ergab sich im grossen ganzen das Bild einer recht soliden Verankerung der gegenwärtig massgebenden Parteien im Volk. Einige Zahlen sollen diese Behauptung unterstreichen. Im neuen Nationalrat lassen sich drei Gruppen erkennen. In der ersten finden wir die Grossparteien mit 51 Sozialdemokraten,



*Strassentunnel San Bernardino am 1. Dezember 1967 eröffnet*

Der von San Bernardino nach dem Hinterrhein führende Tunnel brachte bereits an Ostern 1968 dem Gotthard eine spürbare Entlastung. Unser Bild zeigt das Tunnelportal auf der Südseite.

Photo F. Lörtscher, Bern

49 Freisinnigen und 45 Konservativ-Christlichsozialen. Die zweite Gruppe umfasst die BGB mit 21 und den Landesring mit 16 Vertretern, während sich in der dritten Gruppe fünf Parteien in die verbleibenden 18 Mandate teilen. Es sind 6 Liberaldemokraten, 6 Demokraten und Vertreter der Evangelischen Volkspartei, 5 Kommunisten (PdA) und 1 Vertreter der Aktion gegen die Überfremdung in Zürich. Ein Rückblick auf die Wahlen von 1963 und 1959 zeigt für die drei Grossparteien sehr geringe Schwankungen um 1 bis 3 Sitze, für die Mittelgruppe einen beträchtlichen Erfolg des Landesrings, der seit 1963 sechs Sitze oder 60 Prozent gewonnen hat, und bei den kleineren Parteien einen Gewinn der PdA um einen Sitz seit 1963, um deren drei seit 1959. Erwähnt sei hierbei, dass das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion den Genossen in der Schweiz in einem Telegramm zu ihrem «Sieg» gratulierte! – Das Überraschendste am Wahlergebnis dürfte das Ausbleiben einer eigentlichen Schlappe der drei Grossparteien

sein; denn nachdem von allen Seiten immer wieder gegen «die da oben», denen man es zeigen wolle, Sturm gelaufen worden war, hätte man eigentlich grössere Verschiebungen erwartet. Immerhin ist der Erfolg des Landesrings sehr beachtlich, der es verstanden hat, aus den ständig steigenden Lebenskosten und aus den Schwierigkeiten der Regierung auf dem Gebiete der Landwirtschaftspolitik Kapital zu schlagen. Leider vermisst man bei dieser Partei die konstruktive, aufbauende Kritik, denn mit dem Niederreißen allein werden ja keine Probleme gelöst. Der bewährte und allseits als unumstritten geltende BGB-Ständerat Meier wurde in Zürich das Opfer eines Wahlkampfes zwischen Landesring und Freisinn um den bisher von einem Sozialdemokraten besetzten zweiten Sitz. Die mit diesem Kampf verbundene grosse Propaganda für die Kandidaten des Landesrings und des Freisinns hatte zur Folge, dass beide gewählt wurden, während der bisherige nicht an ihre Stimmenzahl herankam. Der Landesring stieg übrigens zur stärksten Partei im Kanton Zürich auf.

Zwei Details seien noch erwähnt. Die Walliser Sozialdemokraten hatten sich entschlossen, den über achtzigjährigen Nationalrat Dellberg, der nicht von sich aus zurücktreten wollte, nicht mehr als Kandidaten aufzustellen. Er liess sich daraufhin aber von einigen Gesinnungsfreunden auf eine separate Liste setzen und siegte auch prompt über den offiziellen Kandidaten. Damit fiel ihm zum drittenmal in seiner Karriere die Ehre zu, die neue Legislaturperiode als Alterspräsident zu eröffnen. Wie zu erwarten war, tat er das mit einer sehr farbigen Rede, die einerseits die Segnungen des Kommunismus herausstrich und andererseits darauf aufmerksam machte, wie schlecht es um die sozialen Verhältnisse in unserem Land bestellt sei. Mit einem Schmunzeln wäre man zur Tagesordnung übergegangen, wenn nicht der Bundesrat durch eine Ungeschicklichkeit dem streitbaren Greis aus dem Wallis zu einem ungeahnten Propagandaerfolg verholfen hätte. Er liess nämlich im vervielfältigten Text der Rede die grössten Angriffe streichen, was aber Dellberg zu Recht nicht daran hinderte, sie mündlich trotzdem vorzutragen. Der Vorfall war natürlich für die Oppositionspresse ein gefundenes Fressen und wurde

auch weidlich ausgeschlachtet; denn zu Recht fand man, es schicke sich nicht für den Bundesrat, einem Parlamentarier das Maul zu verbieten. Die zweite erwähnenswerte Einzelheit ist die Wahl eines Vertreters der Aktion gegen die Überfremdung in Zürich. Diese Wahl zeigt, dass vielerorts das Überfremdungsproblem sehr ernst genommen wird. Es soll hier später auch noch zur Sprache kommen.

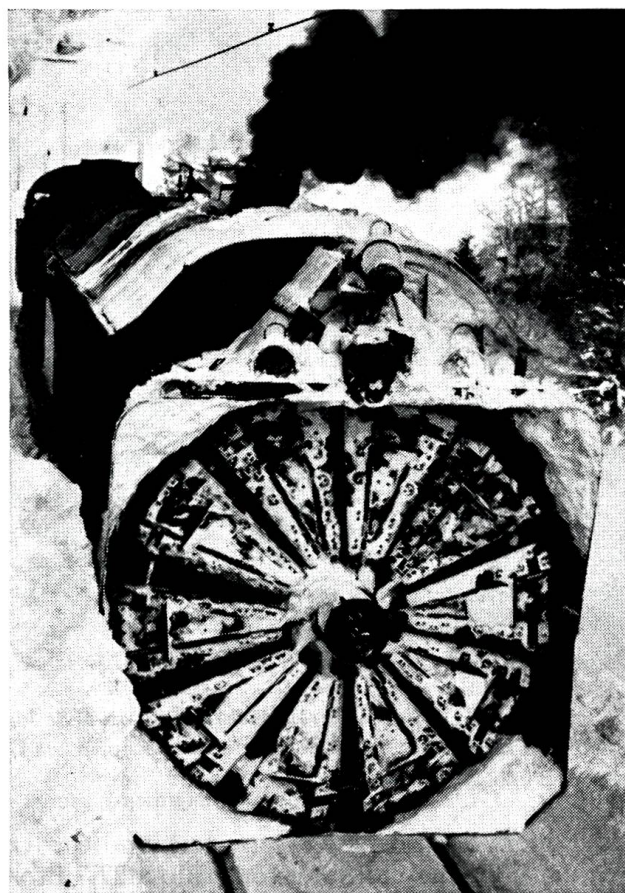
\* \* \*

Ausser bei den Nationalratswahlen traten die Stimmberechtigten im Berichtsjahr in eidgenössischen Angelegenheiten noch dreimal an die Urnen. Am 2. Juli 1967 lehnten sie das sogenannte Volksbegehren gegen die Bodenspekulation, eine Initiative, mit 397 303 Nein gegen 192 991 Ja deutlich ab. Ausser dem Kanton Genf verwarfen sämtliche Kantone und Halbkantone. Die Stimmbeteiligung betrug 37,9 Prozent. Der zweite Urnengang fand am 18. Februar 1968 statt. Die eidgenössische Steueramnestie wurde bei einer Stimmbeteiligung von fast 42 Prozent deutlich angenommen. Vor einigen Jahren war eine ähnliche Vorlage vom Volke bachab geschickt worden, weil darin der Verwaltung Kontrollfunktionen zugestanden wurden, die mit einigem Recht als Schnüffelei angesehen werden konnten. Dieser Schönheitsfehler war in der neuen Vorlage ausgemerzt worden. Am 19. Mai 1968 wurde schliesslich das Bundesgesetz über die Tabakbesteuerung mit 297 208 Nein gegen 277 115 Ja, also sehr knapp, verworfen. Die Stimmbeteiligung betrug nur 35,8 Prozent. An sich wäre die Vorlage unbestritten gewesen, denn es ging darin vor allem um die Sicherstellung der für die AHV benötigten Mittel. Diese Mittel stammten zum grössten Teil aus den Zolleinnahmen für die Tabakimporte. Bedingt durch den allgemeinen innereuropäischen Zollabbau wären diese Erträge im Laufe der nächsten Jahre sehr stark zurückgegangen, so dass sie durch eine Besteuerung des Tabaks ersetzt werden mussten. Dagegen hatte niemand etwas einzuwenden. Der Bundesrat und das Parlament erachteten es indessen als notwendig, der Tabakindustrie auf weitere fünf Jahre einen Preisschutz in dem Sinn zu gewähren, dass über ein gewisses Mass hinausgehende Rabatte beim Verkauf von Tabakwaren als gesetzlich verboten er-

klärt worden wären. Da das Rabattwesen oder -unwesen, wie man es bezeichnen mag, immer weitere Kreise zieht, lag darin natürlich eine schwere Belastung der Vorlage, der sie denn schliesslich auch erlegen ist. Es ist damit zu rechnen, dass schon in wenigen Monaten der Bundesrat eine neue Vorlage, die diesen Schönheitsfehler nicht mehr enthält, unterbreiten wird.

\* \* \*

Im letztjährigen Bericht gab der Chronist seiner Überzeugung Ausdruck, dass die Einführung des Frauenstimmrechts bloss noch eine Frage der Zeit sein könne. Tatsächlich wurde am 18. Februar im Kanton Bern über eine Abänderung des Gesetzes über das Gemeindewesen abgestimmt, durch die es den Gemeinden freigestellt wurde, das Frauenstimmrecht einzuführen. Nach einer recht regen Propaganda gingen 45,9 Prozent der Stimmberechtigten zur Urne und stimmten der Vorlage mit 64 102 Ja gegen 58 844 Nein zu. Vor allem waren es die welschen Amtsbezirke sowie die Städte Biel und Bern, die zu einem positiven Resultat beitrugen, während in den ländlichen Gebieten des deutschen Kantonsteils die Vorlage verworfen wurde. Im Anschluss daran führte eine ganze Reihe von Gemeinden sofort das Frauenstimmrecht ein. Ende Mai 1968 waren es 73 Gemeinden, und zwar 10 des alten Kantonsteils (Herzogenbuchsee, Fraubrunnen, Rubigen, Sutz-Lattrigen, Kehrsatz, Bremgarten, Thunstetten, Unterseen, Langenthal und Ipsach), die Stadt Biel und 62 Gemeinden im Berner Jura. Es ist dem Regierungsrat zu bestätigen, dass er in dieser Frage ausserordentlich geschickt vorgegangen ist. Erst wenn die Mehrzahl der Gemeinden das Frauenstimmrecht eingeführt hat, besteht die Möglichkeit, dass auch eine Vorlage über die Einführung des Frauenstimmrechts im Kanton die Gnade des (noch männlichen) Souveräns finden wird. Dass Bern abstimmungstaktisch den richtigen Weg beschritten hat, zeigte eine am selben Tag im Kanton Solothurn stattfindende Abstimmung. Dort hätte das Frauenstimmrecht gleichzeitig im Kanton und in den Gemeinden eingeführt werden sollen. Beide Vorlagen schienen aber den Stimmberechtigten zu weit zu gehen, was zur Ablehnung führte. – Im Kanton Bern wurde am gleichen



Die hier abgebildete Dampfschneesleuder stammt aus dem Jahre 1896, in welchem sie durch die damalige Gotthardbahn zum Preise von bloss Fr. 83 000.– angeschafft wurde. Sie steht noch heute im Dienst, muss aber demnächst durch ein neues Modell mit Dieselmotor ersetzt werden

Photopress-Bilderdienst, Zürich

Wochenende auch noch das Gesetz über das Salzregal angenommen, das eine Erhöhung der Salzpreise mit sich brachte. Die dritte Vorlage, der Volksbeschluss über die Hilfeleistung an konzessionierte Eisenbahn- und Schifffahrtsunternehmungen, d. h. die Gewährung einer weiteren Privatbahnhilfe, wurde hingegen sehr knapp mit 59 388 Nein gegen 59 127 Ja verworfen. Keine grossen Wellen warf schliesslich die Abstimmung vom 19. Mai, nämlich eine Änderung des Artikels 13 der Kantonsverfassung, womit das Wahlalter für den Grossen Rat von 25 auf 20 Jahre hinuntergesetzt wurde, und ein Volksbeschluss über Neu- und Umbauten im Amtshaus Aarberg; beide fan-



*Lawinenkatastrophen in der Schweiz Ende Januar 1968*

Unser Bild zeigt Angehörige der Unteroffizierschulen aus Chur bei Räumungsarbeiten in Davos.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

den die Billigung des Souveräns. Bloss 27,7 Prozent der Stimmbeteiligten fanden es notwendig, sich an die Urnen zu bemühen.

\* \* \*

Die Überfremdungsgefahr in der Schweiz konnte auch im abgelaufenen Jahr nicht gebannt werden. Immerhin wirken sich die Massnahmen des Bundesrates dahin aus, dass der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung der Schweiz ziemlich stabil bei 14 bis 15 Prozent verharrt. Bezogen auf die Zahl aller Erwerbstätigen ergibt sich ein Ausländeranteil von mehr als einem Drittel! Das ist mehr als in jedem andern Industriestaat der Welt. Man versuchte, dem Problem von verschiedenen Seiten her zu Leibe zu rücken. Ein Volksbegehren gegen die Überfremdung, das aus Kreisen der Ostschweiz eingereicht worden war, schlug vor, jährlich fünf Prozent der Aufenthaltserlaubnisse abzubauen, bis der Gesamtbestand der Ausländer auf zehn Prozent der Bevölkerung abgesunken wäre. Nationalrat und Ständerat lehnten das Begehren

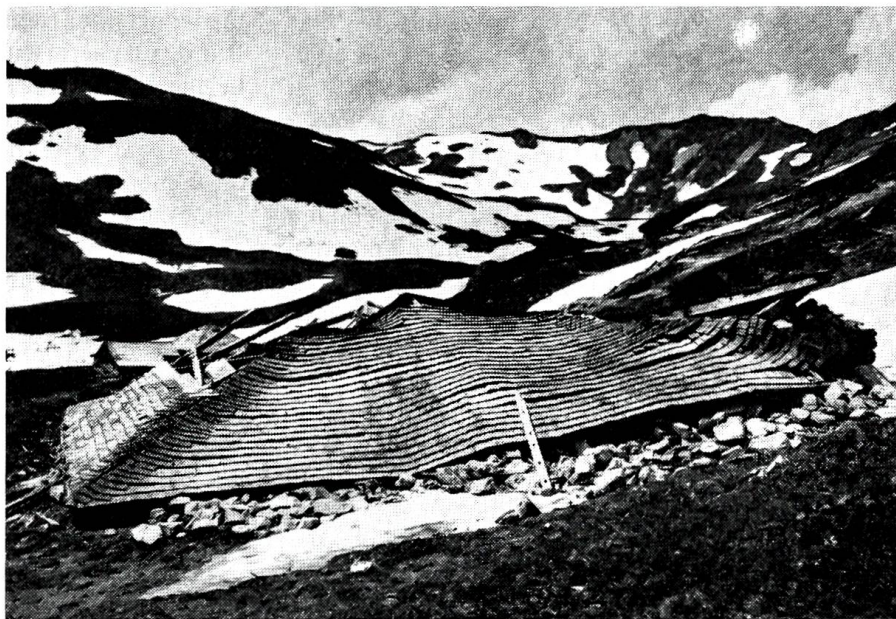
mit erdrückendem Mehr ab; da die Initianten selbst nicht mehr an einen Erfolg glaubten, zogen sie ihren Vorschlag zurück. Das rief die «Aktion gegen die Überfremdung» auf den Plan, die nun ihrerseits darauf ausgeht, Unterschriften für eine neue Initiative zu sammeln, die ausdrücklich eine Rückzugsklausel ausschliesst. Das Begehren will die Ausländerzahl auf zehn Prozent der Bevölkerung festlegen, aber nicht im Landesdurchschnitt, sondern in jedem einzelnen Kanton. Für die Industriekantone, deren Ausländeranteil schon heute wesentlich über zehn Prozent liegt, würde das einen Aderlass bedeuten, der kaum zu überleben wäre. Man mag sich zu dem Ausländerproblem

stellen wie man will: Tatsache bleibt, dass in vielen Industriezweigen, in der Landwirtschaft, im Gastgewerbe und bei den öffentlichen Diensten die Ausländer heute buchstäblich unentbehrlich geworden sind. Einige Zahlen aus Basel sollen das Gebiet der öffentlichen Dienste beleuchten. Von 401 Ärzten in den vier grossen Kliniken sind 97 Ausländer, von 219 Angestellten der Zentralwäscherei deren 93. Dass es vor allem auch Hilfsarbeiterposten sind, die nicht mehr mit Schweizern besetzt werden können, weil sich niemand mehr dafür interessiert, zeigt die Zahl der Kehrrichtautobegleiter. Von 82 Mann sind gegenwärtig 51 Ausländer. Es wäre an der Zeit, in der Einbürgerung von Ausländern Fortschritte zu erzielen. Es geht darum, Leuten, die sich in der Schweiz eingelebt haben und sich unseren Verhältnissen anpassen, den Erwerb des Schweizer Bürgerrechtes zu erleichtern. Eine gewisse staatskundliche Bildung sollte diesen Leuten in Kursen gegeben werden, wobei es allerdings schon heute nicht selten vorkommt, dass Ausländer über unsere

Einrichtungen und Regierungsverhältnisse besser Bescheid wissen als der Durchschnitt der Einheimischen.

\* \* \*

Ein erheblicher Prozentsatz der Weltbevölkerung hungert oder ist unterernährt. Chemiker auf der ganzen Welt sind Tag für Tag an der Arbeit, Mittel und Wege zu finden, aus allen möglichen und unmöglichen Materialien Lebensmittel herzustellen, um das Gespenst einer weltweiten Hungersnot zu bannen, die wegen der rasch zunehmenden Bevölkerung unseres Planeten in den Bereich des Möglichen rückt. Da will es einem seltsam vorkommen, in einem Bericht über die Schweiz von den Sorgen zu sprechen, die uns die Milchschwemme und der Butterberg bereiten. Diese beiden Erscheinungen gaben im abgelaufenen Jahr viel zu reden. Durch den Abbau der Subventionen auf Milchprodukten stiegen im Sommer die Preise für Butter rasch an. Die Einsparung an Bundessubventionen machte 48 Millionen Franken aus, doch führten die hohen Preise zu einem so grossen Umsatzrückgang, dass kein anderer Ausweg übrigblieb, als wieder mit Bundesmitteln die Butter zu verbilligen. Verglichen mit 1962 wurden die Preise fast halbiert, was den Butterkonsum wieder ansteigen liess. In einem halben Jahr kostete dieser Spass den Bund rund 44 Millionen Franken, ohne dass ein Ende der Misere abzusehen wäre. Der sogenannte Rückbehalt, das ist der Betrag, der den Bauern am Milchgeld abgezogen wird, um damit die Kosten der Verwertungsaktionen zu decken, wurde vom Bundesrat am 1. November von 1,35 Rappen auf 3 Rappen, das damals gültige gesetzliche Maximum, erhöht. Diese Massnahme reichte aber bei weitem nicht aus, um die Kosten zu decken. In der Frühjahrs-session wurde dann durch die Räte der Milchbeschluss abgeändert und der Rückbehalt auf



Eine Folge der gewaltigen Schneefälle im Winter 1967/68: Die zerstörte Talbergsennhütte im Gantrisch

Photo F. Lörtscher, Bern

5 Rappen erhöht; der Bundesrat hatte gar 6 Rappen verlangt. Unterdessen geht aber die Überproduktion an Milch fröhlich weiter, als wäre nichts geschehen. Sie steigt Monat um Monat an. Das führt langsam aber sicher zu einer Verbitterung grosser Kreise unseres Volkes, und es wird zu Recht daran erinnert, dass das Landwirtschaftsgesetz ausdrücklich bestimmt, dass die Produktion der Nachfrage anzupassen sei. Man muss sich vor Augen halten, dass schon das Budget pro 1968 für die Überschussverwertung bei den Milchprodukten die enorme Summe von 226 Millionen Franken enthalten hat, ein Betrag, der nach Schätzungen gutinformierter Kreise immer noch zu niedrig sein wird; man rechnet mit mindestens 300 Millionen. Es wäre Aufgabe der landwirtschaftlichen Organisationen, hier mit Nachdruck daraufhin zu wirken, dass Mass gehalten wird. Der neue Milchbeschluss gibt nämlich dem Bundesrat das Recht, die Garantie des Grundpreises auf eine bestimmte Maximalmilchmenge zu beschränken oder den Grundpreis zu senken. Eine solche Massnahme träfe die Landwirtschaft hart und würde zu sehr fühlbaren Einkommensverlusten führen, zu wesentlich höheren Verlusten

als eine selbstgewählte Einschränkung. – Das ganze Problem ist zu kompliziert, als dass man es mit einem Schlag lösen könnte. Es gilt Rücksicht zu nehmen auf die Existenz unseres Bauernstandes, der seinerseits auch nicht ein geschlossenes Ganzes bildet; die Existenzgrundlagen der Bauern in den bevorzugten Produktionsgebieten des Mittellandes sind ganz andere, als diejenigen in den Voralpen oder gar in den Berggebieten. Dass man aber auch mit den Konsumenten nicht umspringen kann wie man will, zeigten die Auswirkungen des Preisaufschlages auf Butter deutlich. Während der Zeit der hohen Preise sind viele Familien auf die billigere Margarine ausgewichen, haben gemerkt, dass auch sie nicht übel schmeckt, und sind ihr treu geblieben. Das liegt nun sicher nicht im Interesse unserer Milchwirtschaft. Bundesrat Schaffner und sein Departement sind um ihre Aufgabe nicht zu beneiden; es ist ihnen aber zuzugestehen, dass sie nach Kräften versuchen, das Problem zu lösen. Man wird sie dabei allseits mit Verständnis, gutem Willen und Geduld unterstützen müssen und sich klar darüber werden, dass es ohne Opfer auf allen Seiten keine Lösung geben kann.

\* \* \*

An der Bundesratswahl im Dezember waren zwei Dinge bemerkenswert: Einmal die recht unterschiedlichen Stimmenzahlen, die erzielt wurden, und zum zweiten der Wink mit dem Zaunpfahl der Freisinnigen und des Landesrings, es sollte ein Departementswechsel vorgenommen werden. An der Spitze der Gewählten standen Nello Celio mit 180 und Dr. Hanspeter Tschudi mit 171 Stimmen, am Schluss der Rangliste folgten Rudolf Gnägi und Roger Bonvin mit 152 bzw. 151 Stimmen. Den Auftrag zur Neuverteilung der Departemente nahm der Bundesrat entgegen, und nach vielen Sitzungen hinter verschlossenen Türen wurde bekannt, dass auf den 1. Juli 1968 Bundesrat Celio vom Militärdepartement ins Finanz- und Zolldepartement wechseln, Bundesrat Bonvin die Finanzen aufgeben und zum Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement übertreten und schliesslich Bundesrat Gnägi das Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement gegen das Mili-

tärdepartement eintauschen werden. Zum neuen Bundeskanzler wurde Dr. Karl Huber, der bisherige Generalsekretär des Volkswirtschaftsdepartementes, ernannt. Seine Kompetenzen und Aufgaben sind neu umschrieben worden, so dass man heute vom Bundeskanzler wohl als von einem Mann in einer Schlüsselposition sprechen darf. Er ist Verbindungsorgan zwischen Bundesrat und Parlament, und ihm obliegt auch die wichtige Aufgabe der Information der Öffentlichkeit.

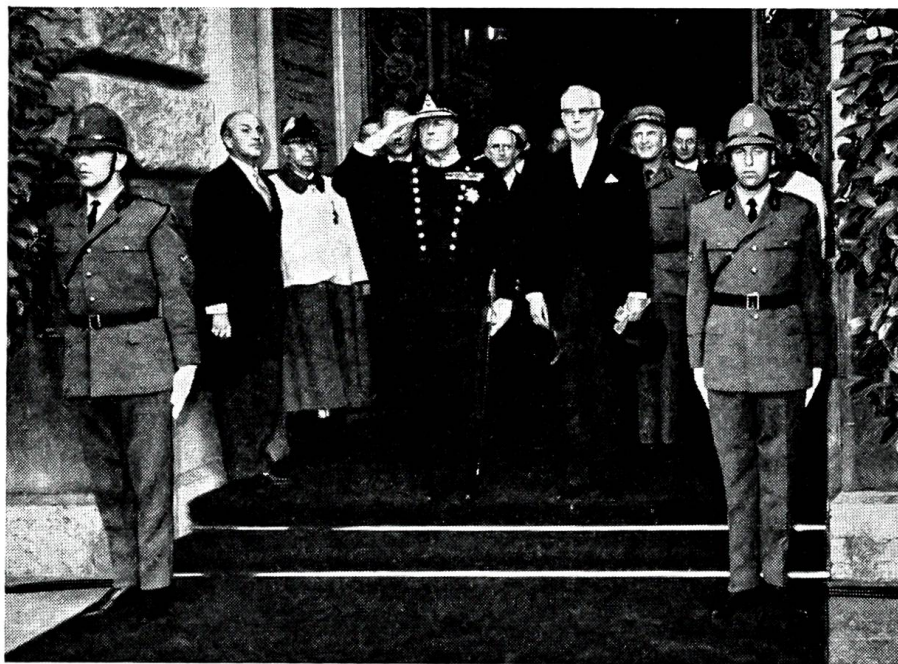
Der Grund, weshalb der Departementswechsel so mühsam vor sich ging, lag offensichtlich darin, dass niemand das Militärdepartement übernehmen wollte. Dieses Departement stand auch im abgelaufenen Jahr wieder im Vordergrund. Auf den 1. Februar trat eine Reorganisation, die von langer Hand vorbereitet worden war, in Kraft. Sie strafft den ganzen Betrieb und wird dazu beitragen, die Führung des Departementes zu erleichtern. Auch der neugeschaffene, aber verwaist gebliebene Posten eines Rüstungschefs konnte schliesslich besetzt werden. In der Person von Heiner P. Schulthess, einem 43jährigen ETH-Ingenieur, der 14 Jahre in Amerika tätig gewesen war, ist ein Mann gewonnen worden, der sicher unvoreingenommen an seine neue Aufgabe herantreten wird.

\* \* \*

Wie jedes Jahr soll ein Strauss von Einzelereignissen, die dem Chronisten erinnernswert scheinen, die Übersicht über das Geschehen in der Schweiz abschliessen. Vor allem sei der Lawinennot gedacht, die der Januar namentlich den Kantonen Uri und Graubünden gebracht hat. Schon in der ersten Hälfte des Monats fiel bei sehr tiefen Temperaturen ungewöhnlich viel Schnee, was zu Lawinnenniedergängen führte. Der schwärzeste Tag war indessen der 27., an dem insgesamt 24 Menschen in Lawinen den Tod fanden. Davos war tagelang von der Umwelt abgeschnitten, und am Gotthard waren Bahn und Strasse verschüttet, so dass einmal mehr die Lötschberglinie zum Retter des Verkehrs von und nach dem Süden wurde. – Bedenklich ist, dass die seit einiger Zeit in Süddeutschland und später auch im Kanton Schaff-

hausen aufgetretene Tollwut im Berichtsjahr nun auch den Rhein übersprungen hat; am 14. November wurde erstmals im Kanton Zürich ein Tollwutfall beobachtet. Durch eine systematische Ausmerzung der Füchse hoffte man, die Ausbreitung der Seuche verhindern zu können, bis heute allerdings noch ohne Erfolg; sie griff auch auf andere Kantone über. – Vom 1. bis zum 3. April war der König der Norweger, Olaf V., beim Bundesrat zu Gast. Der sympathische Monarch wurde sehr herzlich aufgenommen, doch vertäubte die Polizei die Berner, weil sie ihn im geschlossenen Wagen im 40-km-Tempo durch die beflaggten Strassen fahren

liess. Die Zuschauer, die in grosser Zahl aufmarschiert waren, hatten buchstäblich nur noch das Nachsehen. – Der Chronist möchte es als ehemaliges begeistertes Mitglied der Ortswehr Bern nicht unterlassen, den Ortswehren ein Wort des Nachrufs zu widmen. Ende September 1967 beschloss der Bundesrat, diese Formationen endgültig aufzulösen. Der Beschluss ist sicher richtig, haben sich doch die Verhältnisse seit der Schaffung der Ortswehren im Jahre 1940 gründlich geändert. Sie waren ursprünglich zum Schutze der Zivilbevölkerung in den Städten aufgestellt worden und setzten sich aus Leuten zusammen, die in der regulären Armee oder im Hilfsdienst nicht dienstpflichtig waren. Das hatte zur Folge, dass der 16jährige Lehrling oder Gymnasiast zusammen mit dem 70jährigen ausgedienten Krieger Dienst tat. Diese Mischung hat sich ausgezeichnet bewährt, waren doch alle Mitglieder der Ortswehr vom gleichen Willen beiseelt, nämlich zu helfen, die Unabhängigkeit des Landes zu erhalten. – Mit leiser Wehmut soll am Schluss der diesjährigen Weltchronik der Fünfzig-rappen-, Ein- und Zweifrankenstücke gedacht



König Olaf V. von Norwegen bei seinem Staatsbesuch vor dem Bundeshaus in Bern  
Photo W. Nydegger, Bern

werden, die im abgelaufenen Jahr zum erstenmal seit Bestehen des Bundesstaates nicht mehr aus Silber hergestellt wurden. Die weltweite Zunahme des Silberverbrauchs hatte zu einer derartigen Erhöhung des Silberpreises geführt, dass sich das Einschmelzen der schweizerischen Münzen zum Zwecke der Silbergewinnung zu lohnen begann. Diese Preissteigerung führte zu Hamstereien an Silbergeld und dann zum systematischen Aufkauf dieser Münzen durch Spekulanten, namentlich aus dem Ausland. Der Bundesrat verfügte daraufhin ein Hortungs- und Ausfuhrverbot für Silbermünzen und gab bekannt, dass Mitte Mai 1968 bereits die ersten neugeprägten, äusserlich aber gleich aussehenden Stücke in Umlauf gebracht würden. Die Legierung besteht aus Kupfernickel, also ähnlich wie bei den Zwanzigrappenstücken. Wenn auch natürlich durch diese Schaffung von neuen Münzen der Wert des Schweizer Frankens in keiner Weise berührt worden ist, so kann man sich doch eines etwas unbehaglichen Gefühls nicht erwehren. Es wäre doch schade, wenn die alten währschaften Silbermünzen vollständig aus dem Handel verschwinden würden!